

Arbeit – auch bei LehrerInnen eine politische Kernfrage

Seit dem 1. Juli 2003 ist in Hamburg ein neoliberales Projekt angelaufen, das für das Ziel „Bildung als Ware“ von großer Bedeutung sein kann

Bei Schill rollen die Murneln in der Schublade frei herum und Schulsenator Lange ist doof. Das sind Ansichten, die man an jeder Tankstelle abholen kann oder die in jeder zweiten Kneipe abendlich ausgetauscht werden. Abgesehen von ihrer analytischen Kraft ist beiden Sichtweisen zu eigen, dass sie haar-scharf an den eigentlichen Problemen vorbeigehen.

Während zum Beispiel die rechtspopulistische Politik, die von Schill vertreten wurde, mit seinem Abgang keineswegs verschwunden ist, spielt der Intelligenzquotient von Lange weder für die Gefährlichkeit noch für die Erfolgsaussichten seiner verwüstenden Schulpolitik eine Rolle. Teils wird dies verdeckt durch die Kontinuität der neoliberalen Zurichtung der Schulen seit den Senatorinnen Raab und Pape in sozialdemokratisch bestimmten Regierungskoalitionen, teils aber auch durch die im allgemeinen Wust vom Abbau sozialer Rechte und von Angriffen auf die lebendige Arbeit versinkende durchaus neue Qualität seiner Politik.

Während über den von ihm geschaffenen Zugriff des Kapitals auf die berufliche Bildung durch die Privatisierung im Berufsschulbereich – entsprechend dem am 18.07.03 vorgelegten Modell – bereits eine ganze Menge gesagt worden ist, bleibt in der Regel die Kenntnis von der Veränderung der Lehrerarbeitszeit in ihren absehbaren Auswirkungen weitgehend auf den Kreis der Betroffenen beschränkt. Und selbst bei diesen endet die Einsicht oft bei der aufgezwungenen Mehrarbeit des neuen Arbeitszeitmodells.

In der Tat werden mit der Einführung dieses Modells rund 1000 Lehrerstellen eingespart, die Arbeitsleistung muss von den beschäftigten LehrerInnen erbracht werden. Das bedeutet – wie so oft in den letzten Jahren – wieder einmal größere Klassen und mehr Unterricht für die KollegInnen. Damit allein wäre aber dem FDP-Senator kein Sonderplatz in der Allparteien-Union der Bildungsabbauer garantiert: diese Politik wurde und wird von SPD, CDU, Bündnisgrünen und in Berlin auch von der PDS (mit-)betrieben.

Die Hansestadt Hamburg verfügt seit dem 1. Juli 2003 als einziges Bundesland über eine neue Berechnungsweise der LehrerInnenarbeit und der Ausstattung der einzelnen Schulen mit Arbeitszeit. Der Weg dahin war der heute übliche: eine Kommission aus Bürokraten, Rechenknechten, willigen Juristen und neoliberalen Ideologen wird eingesetzt, feigenblattgeschmückt mit einigen Praktikern. Diese macht Vorschläge und erstellt ein Gutachten, anschließend wird eine Verordnung zum spätest möglichen Zeitpunkt durchgedrückt – ohne störende politische Debatten im

Parlament. Wozu auch? Es gab keine nennenswerte parlamentarische Opposition. Zu der außerparlamentarischen kommen wir später.

Der erste neue Aspekt liegt in der „Auskömmlichkeit“: Eine Wortneuschöpfung lässt Schlimmes vermuten. Gemeint ist damit der bestechend einfache Gedanke: anstatt so viele LehrerInnen zu beschäftigen, wie für die Arbeit gebraucht wird, hat sich die Berechnung der Arbeitszeit der im Dienst befindlichen LehrerInnen an den Bedarfen auszurichten. Die Arbeitszeit, die zur Verfügung steht, ist die auf der Grundlage der 40-Stundenwoche für Beamte errechnete Wochenarbeitszeit für LehrerInnen: 46,57 Stunden pro Schulwoche, im Jahr 1770 Stunden. Die Bedarfe sind die für Schulabschlüsse unbedingt notwendigen Unterrichtsstunden (vor ganzer Klasse, versteht sich), also auf keinen Fall Förderkurse, Wahlkurse oder gar Projektarbeit.

Für die einzelne Schule bedeutet dies einen kleinen und doch entscheidenden Systemwechsel: sie erhält so viel Arbeitszeit zugewiesen, dass sie die (unbedingt notwendigen) Unterrichtsstunden ab einer festgelegten Klassengröße („Basisfrequenzen“) organisieren kann. Will sie ihre Schüler fördern, oder die Arbeit verbessern, indem sie die Klasse in bestimmten Fächern teilt (wie z.B. in den ersten Jahren im Fach Englisch), dann muss sie eben die Klassen größer machen. Das Prinzip nähert die Schule also dem Betrieb einer Zweigstelle eines Konzerns an.

Ein paar rechenkundige Kommissionsmitglieder rechnen zu diesem Zweck für die Arbeit im Unterricht einen Zeitwert, einen „Faktor“ aus, der sich nach Schulart, Fächern und Altersstufe unterscheidet: niedrig für die Arbeit mit kleinen Kindern, in Sport und in musischen Fächern, hoch z.B. für Deutsch in der gymnasialen Oberstufe. In den Faktoren lässt sich zudem an einigen Stellen der Klassencharakter der Schule gut ablesen: Berufliche Schulen mit vielen Benachteiligten (z.B. Berufsvorbereitungsklassen mit vielen Migranten) bekommen hohe Basisfrequenzen und niedrige Zeitfaktoren für die LehrerInnenarbeit, Fachgymnasien für die Arbeiteraristokratie dagegen eine deutlich bessere Ausstattung. Oder: Gesamtschulen bekommen – trotz ihrer Integrationsarbeit mit heterogenen Lerngruppen – schlechtere Faktoren als das Gymnasium.

Am Ende der Rechenkünste steht eine Summe an anfallender Arbeit, die genau der der abrufbaren Arbeit entspricht. Erstaunlich, nicht wahr? „Auskömmlichkeit“ heißt also: die Arbeitenden so lange auspresen, bis ihre Arbeit dasjenige Maß erreicht hat, was

die Regierung bezahlen will. In diesem Jahr sind es zum Beispiel gerade insgesamt 3,5% weniger als im Vorjahr.

Eine solche Nachricht würde selbst in den auf Lehrerhaß getrimmten deutschen und Hamburger Medien auf wenig Verständnis stoßen. Aber „Kontrolle“ und „Überprüfung“ (In Neusprech: „controlling“) – das passt in die Zeit. Geschmückt mit ein wenig scheinheiliger Hilfsbereitschaft („wir wollen, dass die LehrerInnen in der Öffentlichkeit auf mehr Verständnis stossen“) wird die restliche Arbeit mit einer deutschen Stechuhr-Begeisterung berechnet, dass es nur so quietscht: Die KollegInnen bekommen – außer der Zeit, die sie im Unterricht verwenden – für Gespräche mit Eltern als KlassenlehrerIn wöchentlich 0,7 Stunden, für die Korrektur einer Englischklausur 0,32 Stunden usw.

Ganz in der Tradition des US-Pioniers der Arbeitsverdichtung, F.W. Taylor, geht die „Lehrkräfte-Arbeitszeit-Verordnung vom 1.Juli 2003“ von einem eklatanten Misstand aus, dass nämlich „ein Teil der Arbeitszeit von den Lehrkräften weitgehend frei gestaltet werden kann und auch nicht in den Dienstgebäuden stattfindet, so dass sie sich einer exakten Bemessung entzieht.“ Die neue Bestimmung „umfasst die gesamte Arbeitszeit der Lehrkräfte an staatlichen Schulen“, indem sie genau unterscheidet zwischen U, F und A: unterrichtsbezogene, funktionsbezogene und allgemeine Aufgaben, jeweils 75%, 16-14% und 9-11% der Lehrerarbeitszeit. Die Werte beziehen sich allerdings nicht auf die individuelle Lehrkraft, sondern auf das Kollegium der einzelnen Schule in seiner Gesamtheit. Das heißt konkret, dass sich die Unterrichtsstunden äußerst unterschiedlich auf die KollegInnen verteilen.

In dieser beschränkten Denkweise gibt es bei der Arbeit von LehrerInnen nur Zeitfaktoren, keine psychischen, physischen oder sozialen Belastungen. Die Zeitwerte berücksichtigen nicht, ob die Arbeit in einer Schule in einem sozial benachteiligten Stadtteil oder in den Villenvororten geleistet wird, ob es in der Klasse ein oder mehrere schwierige Kinder mit besonderem pädagogischen Bedarfen gibt oder ausschließlich begeisterte Schulgänger mit einem Ranzen voller Buntsifte, ob der Lärmpegel in der Stunde bei 110 phon in der Sporthalle liegt oder man nur das leise Kratzen von Schreibgeräten auf Papier hört. Seit Jahren verschleppt die Behörde die Forderungen der Gewerkschaft nach einer Gefährdungsbeurteilung der Arbeit, wie sie nach europäischem Recht seit 1996 für jeden Beruf vorgeschrieben ist. Da erscheint es nur konsequent, dass der Belastungsaspekt bei der neuen Verordnung ignoriert wird.

Mit der Taylorisierung der Arbeitszeit für LehrerInnen ergeben sich eine Reihe von weitreichenden Konsequenzen:

- Die Schulen werden gezwungen, die Arbeit weniger nach pädagogischen, sondern nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gestalten. Förderung und Integration werden zum Luxus, Nachfrageorientierung an die sozial stärkeren Elternhäuser eine Notwendigkeit
- Zu vernachlässigen werden künftig die Erkenntnisse der modernen Pädagogik sein, die fragend-forschende Arbeitsmethoden der SchülerInnen einfordern, projektartiges Lernen in Zusammenhängen in den Vordergrund stellen, Kooperationsfähigkeit, Selbständigkeit und Urteilsvermögen der Kinder und Jugendlichen fördern.
- Die Arbeit der LehrerInnen wird gezielt eingeschränkt auf die bürokratische Wissensvermittlung. Das Arbeitsvolumen wird erhöht, es gibt keine Obergrenze für die Anzahl der wöchentlich zu leistenden Unterrichtsstunden mehr. Die höhere Belastung wird die KollegInnen zu einer rigorosen individuellen Zeitökonomie zwingen. Auf der Strecke werden individuelle Beratung und Förderung von Benachteiligten bleiben müssen, curriculare Arbeit mit den einzelnen Klassen, d.h. ein kreativer und einfühlsamer Umgang mit den Bedürfnissen der unterschiedlichen Lerngruppen.
- Bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen werden die Kollegien in Individuen aufgesplittert, die ihre Belastungen nur im Konkurrenzkampf um Stunden mit höheren Zeitwerten oder um F-Aufgaben verringern können – nicht mehr in demokratischen Beschlüssen in der Schule oder kollektiv mit Hilfe ihrer Gewerkschaft für einheitlich verbesserte Bedingungen für alle.
- Der disziplinierende Neoliberalismus intensiviert nicht nur die Arbeit in immer mehr Bereichen der Gesellschaft und feiert jetzt seinen Einzug in die Schulen, er nimmt eine absehbare Entwertung der LehrerInnenarbeit voraus: diese Art der tayloristischen Kontrolle, die das neue Arbeitszeitmodell verkörpert, kennzeichnet eine Verwaltungstätigkeit auf einer niedrigen Stufe der Verantwortung. Also das Gegenteil dessen, was der LehrerInnenberuf bislang verkörpert hat: eine komplexe Tätigkeit mit einem hohen Maß an Verantwortung für eine größere Anzahl von Menschen und die entsprechende Selbständigkeit in pädagogischen Entscheidungen. Flache Hierarchien und offene Zusammenarbeit machten die Verbindung der Arbeit zu einem pädagogischen Konzept möglich, dem wiederum bisher ein Menschenbild zugrunde lag, das in einem gesellschaftlichen demokratischen Prozeß formuliert werden konnte. Damit kann Schluß gemacht werden. Zusammen mit der Privatisierung ist mit der Umgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse endlich ein neoliberales Traumziel in Sichtweite gekommen: alle wirtschaftsfremden Elemente können aus dem Schul-

Betrieb entfernt und neue Märkte erschlossen werden, Bildung kann eine Ware werden.

Erst durch Zusammenlegen der Einzelteile wird das ganze Bild sichtbar. Hier ein paar Stücke des Puzzles: Schulprogramme und die Öffnung der Schulbezirke verstärken die Konkurrenz zwischen den Schulen, die Gründung der „Stiftung Berufliche Schulen Hamburg“ öffnet die Tür für die Einflussnahme der Unternehmerverbände in zunächst einmal einem Teil der Schulen, das „Gebäudemanagement“ macht die ersten Schritte zur Privatisierung der Schulgebäude, Noten in der Grundschule, Tests und Abschlussprüfungen engen den pädagogischen Prozeß auf prüfungsvorbereitendes Lernen ein – und das Arbeitszeitmodell schafft perspektivisch den Lehrer als verantwortliches pädagogisches Subjekt ab.

Gibt es eine Aussicht auf Abwehr?

Während im Bereich der Privatisierung eine Volksinitiative immerhin über 20.000 Unterschriften gesammelt hat und es gelungen ist, sowohl die Beschäftigten zu Protestaktionen zu mobilisieren, als auch politische Kräfte in der Abwehr zu vereinen, sieht die Abwehr des Arbeitszeitmodells nicht annähernd so rosig aus. Die Gewerkschaft hatte auf ihrer Delegiertenkonferenz im Mai noch einen eintägigen Streik als Auftakt für gemeinsame dezentrale Maßnahmen beschlossen. Eine Befragung der Vertrauensleute der noch einigermaßen funktionierenden Betriebsgruppen fünf Wochen später ergab ein ganz anderes Bild: die große Mehrheit der befragten KollegInnen lehnte eine Arbeitsniederlegung ab. Offensichtlich war es der GEW nicht gelungen, die politische Perspektive eines Streiks aufzuzeigen. Von der Bundesorganisation kommen ohnehin eher beschwichtigende Signale: dort findet man gegen das Prinzip eines neuen Arbeitszeitmodells nichts einzuwenden.

Vor den Sommerferien hatte es noch nahezu wöchentlich Aktionen einzelner Schulen vor der Schulbehörde gegeben. Eltern und SchülerInnen hatten zusammen mit den Lehrern protestiert, KollegInnen hatten in einer „Beratungsoffensive“ die Teppichetagen der Behörde dichtgemacht, in „aktiven Gesundheitstagen“ hatten sich viele LehrerInnen krank gemeldet und dabei zwei Schulen ganz und andere zum Teil geschlossen. Jetzt, nach der Einführung des Modells, setzen einige KollegInnen auf die zu erwartende juristische Auseinandersetzung, andere auf die immanenten Widersprüche im Modell und die Verweigerung zu Arbeiten, zu denen LehrerInnen (noch) nicht gezwungen werden können. Wohl wahr: ohne die vielen zusätzlichen Arbeiten – wie zum Beispiel Klassenreisen – kann eine Schule nicht richtig leben. Aber der Drang „unsere“ Schule für „unsere Schüler“ schön zu gestalten ist enorm, die Schulleitungen beugen sich in ihrer Mehrzahl dem Konkurrenzdruck und geben ihn weiter an die KollegInnen, viele sehen in der individuellen Anpassung den einzigen Ausweg

und einige GewerkschafterInnen setzen die Zusammenarbeit mit Eltern und SchülerInnen so weit vor die Interessen der Lehrkräfte als Lohnabhängige, dass sie auch die schwachen Mittel der Verweigerung als schädlich denunzieren. Dabei sind viele organisierte Eltern durchaus leidenschaftslos, was die Arbeitsbelastung der LehrerInnen angeht.

So wie es aussieht, bleibt der Widerstand von einzelnen Fachvertretungen (SportlehrerInnen organisieren keine Veranstaltungen mehr) und KlassenlehrerInnen (Streichen aller Klassenreisen) die einzige Perspektive. Das Ziel: am Ende der Probezeit bilanzieren können, dass das AZM nur gegen die LehrerInnen durchgesetzt werden kann.

Nun mag manche geneigte Leserin einwenden, dass die Grausamkeiten der Arbeit unter privatkapitalistischen Verhältnissen immer noch ungleich schrecklicher sind. Das trifft fraglos zu: in vielen großen Unternehmen wie z.B. Daimler Benz werden Arbeitsgruppen mit der gleichen Aufgabe betraut und arbeiten in einem mörderischen Verdrängungswettbewerb, einer Art organisierter Kannibalismus, gegeneinander. Abgesehen davon, dass für uns die gerechte Angleichung wohl nicht zum Schlimmeren hin zu gestalten ist, geht es um unendlich viel mehr: Es dreht sich um den neoliberalen Plan zur Öffnung aller Bereiche der Gesellschaft für die Preisbildung, für den Markt. Während in den Bereichen der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Strom usw., im Kommunikations- und Transportbereich, im Gesundheitswesen, und in der Altersvorsorge dafür die Türen von allen Parteien mehr oder weniger sperrangelweit geöffnet werden, ohne dass es zu Protesten von österreichischem oder gar französischem Ausmaß kommt, gibt es im Falle der Schulen immer noch eine stillschweigende Hemmschwelle. Die Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse einer Berufsgruppe wie der LehrerInnen ist aber für die neoliberalen Macher so lange ein ungefährlicher Einstieg, wie die Bildungsgewerkschaft isoliert und zu schwach zu Gegenwehr ist, zusammenführende soziale Bewegungen nicht in Sicht sind und die kontinuierlich schwächer werdende Linke keine Abwehrkräfte gegen die medial geschürten Ressentiments gegen Lehrerinnen und Lehrer entwickeln.

*Uli Ludwig, Personalrat Gesamtschulen Hamburg
(Vorsitzender), Mitglied im GEW-Landesvorstand,
AG Bildungspolitik der PDS, Hamburg*

Hamburg, 21.08.2003